

"EURE KRISE ZAHLEN WIR NICHT" - Großdemo in Wien am 28. März



Es steht in allen Zeitungen, man hört es an jeder Ecke, die Nachrichten sind voll damit: Eine Bank nach der anderen geht in Konkurs, Staaten gehen bankrott, ... kurzum: Das Wirtschafts- und Finanzsystem steckt in einer tiefen Krise. Was für Auswirkungen hat diese, so oft erwähnte, Weltwirtschaftskrise? Und was können wir dagegen unternehmen?

Wirtschaft ist überall

Unser Wirtschaftssystem stellt einen zentralen Faktor in unserer Gesellschaft

dar, es bestimmt über Produktionsverhältnisse, darüber, wer reich und wer arm ist, wer Macht hat und wer keine. Da der Kapitalismus nicht für die Menschen, sondern für die Profite produziert, laufen Angebot und Nachfrage auseinander, irgendwann kommt es zu einer Überproduktion. Zusätzlich wird an den Börsen und Banken mit Geld gehandelt und investiert, das gar nicht existiert,... Früher oder später endet alles in einer Krise. Diese wiederum drückt sich in einem totalen Fiasko aus: Menschen

können die Kredite für ihre Häuser nicht mehr bezahlen und landen auf der Straße; die Banken werden zahlungsunfähig; Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden als Konjunkturmaßnahmen eingesetzt, etc., die Liste der Folgen ist lang.

Ziehen wir alle an einem Strang?!

Täglich werden von allen möglichen Ländern auf der ganzen Welt neue Bankenrettungspakete verabschiedet, deren Beträge weit über ein paar Millionen Euro gehen. Beträge die in den Jahren zuvor immer fehlten, wenn es um Studiengebühren, Verbesserungen an den Schulen oder um das Gesundheitssystem ging. Woher kommt auf einmal das viele Geld? Ganz klar, um diese Pakete abzudecken will der Staat an allen Ecken und Kanten einsparen und zwar auf Kosten der breiten Bevölkerung, unser gesamtes Sozialsystem muss zurückstecken. Erste Schritte zeichnen sich in Österreich schon ab: Die Regierung plant 381 Millionen Euro im Bildungsbereich einzusparen, weiters sollen 300 Postämter im ganzen Land geschlossen werden und das ist erst der Anfang. Mit dem Argument, dass wir alle gemeinsam gegen die Krise ankämpfen und Opfer bringen müssen,

wollen Politiker diese Kürzungen rechtfertigen, schließlich sind wir alle von den Banken abhängig. Wir, SchülerInnen und StudentInnen, genauso wie ArbeiterInnen, sollen also darunter leiden und dafür zahlen, dass sich andere jahrelang daran bereicherten uns auszubeuten und jetzt alles verspielt haben. Ganz klar: Das ist Unrecht! Die Krise sollen diejenigen zahlen, die sie auch zu verantworten haben und das sind die UnternehmerInnen und KapitalistInnen, nicht wir!

Was tun?

Trotzdem muss den Banken unter die Arme gegriffen werden, um die Krise nicht zu verschlimmern. Als ersten Schritt ist es also wichtig die Banken unter Kontrolle der Beschäftigten und der Gesellschaft zu verstaatlichen, um den Einsatz der Finanzspritzen zu überprüfen und zu verhindern, dass sich Manager das Geld in ihre eigenen Taschen stecken.

Weiterlesen auf der Rückseite!

Wir stellen fest:

1. Das Wichtigste, das Ausbildung vermittelt, ist Gehorsam gegenüber demokratisch nicht legitimierte Autoritäten und Regeln, die andere aufgestellt haben. Demokratie findet wo anders statt.

2. Lerninhalt ist, was man fürs Leben braucht. Was man fürs Leben braucht bestimmt der Arbeitsmarkt.

3. Die Wirtschaft will „differenzierte“ Bildung. Gesiebt werden wir zum ersten Mal im zarten Kindergartenalter, wo Angebot und die Brieftasche der Eltern entscheiden, ob und in welchen Kindergarten wir kommen. Dann im Alter von 10 Jahren, wo man ins Gymnasium darf oder in die Hauptschule muss. Dann wird entschieden, ob man eine Lehre macht oder in eine Fachschule darf. Wenn beides nicht geht, wird man in eine Lehrausbildung gesteckt, oder beginnt sich als Ungelehrter am Arbeitsmarkt zu verkaufen. Dann wird entschieden, ob wir auf die Uni oder FH zugelassen werden, dann wird entschieden, ob wir den Master machen dürfen oder nur den Bachelor.

4. Bildung hat immer mehr kostenpflichtige Elemente, die einen Ausleseprozess nach der sozialen Herkunft der Eltern verstärken.

Dem halten wir entgegen:

1. Gegen soziale Auslese und Knock-out: Für die öffentliche Gesamtschule aller Jugendlichen bis 18.

2. Schluss mit der Trennung in „Kopf“- und „HandarbeiterInnen“. Für eine allumfassende Bildung und Entwicklung unserer Möglichkeiten.

3. Für das Recht auf freie Berufswahl nach unseren Interessen.

4. Internationaler SchülerInnen- und Lehrlingsaustausch als Bestandteil unserer Ausbildung.

5. Für die Selbstverwaltung des Bildungs- und Lehrsystems durch eine bundesweite Kommission von demokratisch gewählten SchülerInnen, Lehrenden und dem technischen Schulpersonal unter Zuziehung von Regierungsvertretern: Hier werden Lerninhalte, Lehrmethoden und Kriterien der Leistungsbeurteilung diskutiert und beschlossen.

6. Statt politischer Willkür der Landeshauptleute und ihrer DirektorInnen: Für die demokratische Wahl einer kollektiven Schulleitung durch alle Schullangehörigen.

7. Meinungs-, Rede-, Versammlungs-, Organisations- und Pressefreiheit an allen Bildungseinrichtungen. Für das Recht auf SchülerInnen-Vollversammlungen während der Unterrichtszeit. Für Streikfreiheit von Jugendlichen in Ausbildung. Für das Recht auf gewerkschaftliche Organisation aller Jugendlichen in Ausbildung (insbesondere für Lehrlinge).

8. Für eine Ausbildung auf höchstem wissenschaftlichen Niveau! Banken, Sponsoren, Kirche, sowie religiöse Organisationen und Symbole raus aus unseren Schulen und Lehrmaterialien. Kapitalinteressen und Abergläubigkeit brauchen wir nicht.

Und so kämpfen wir für unsere Rechte:

1. Durch den freien Zusammenschluss von kämpferischen SchülerInnen in Komitees. Komitees organisieren Widerstand gegen Ungerechtigkeiten und mangelnde Ausstattung, bekämpfen rassistische, sexistische und faschistische Propagandatätigkeiten, organisieren Sport- und Kulturveranstaltungen, mobilisieren auf Demos und organisieren Streiks. Komitees stehen allen offen, die sich engagieren wollen, egal ob sie gewählte SchülervertreterInnen sind oder nicht, egal welche politischen Meinungen man sonst vertritt oder welche religiöse Überzeugung man hat. Was zählt ist Engagement um konkrete Projekte gemeinsam durchzuführen.

2. Wir Redakteure und UnterstützerInnen vom *Signal* glauben, dass der Kapitalismus – die Organisierung der menschlichen Gesellschaft nach Profitinteressen Einzelner – ein barbarisches System ist, dessen Zeit abgelaufen ist und daher überwunden werden muss.

3. *Signal* artikuliert insbesondere die Interessen von SchülerInnen und Lehrlingen und organisiert kämpferische Jugendliche an ihren Ausbildungsstätten und darüber hinaus in regionalen und bundesweiten Treffen.

4. Jugendliche spielen in allen sozialen und revolutionären Bewegungen eine führende Rolle. Um unsere Interessen durchzusetzen brauchen wir aber auch Unterstützung anderer Sektoren der Gesellschaft.

5. Daher steht *Signal* nicht allein – wir sind Teil der marxistischen Strömung namens *Der Funke*. *Der Funke* ist eine marxistische Strömung von Arbeitenden,

Studierenden und Lernenden, an der alle Interessierten eingeladen sind mit zu machen. Auch sind wir Teil der bestehenden Organisationen der ArbeiterInnenbewegung (insbesondere der Sozialistischen Jugend) und setzen uns hier für einen kämpferischen, linken Kurswechsel ein. – Eure Krise zahlen wir nicht! Der Funke ist international mit Gleichgesinnten in über 30 Ländern der Erde auf allen Kontinenten verbunden.

6. *Signal* steht auf einer gemeinsamen antikapitalistischen politischen Plattform, die von folgenden sozialistischen Organisationen in mehreren Ländern erstunterzeichnet wurde. Bloque Popular Juvenil (BPJ) in El Salvador, das comitato in difesa della Scuola Pubblica – Coordinamiento studentesco universitario (CSP-CSU) in Italien, Comité de Lucha Estudiantil en Defensa del Politecnico – Comité Estudiantil en Defensa de la Educacion Publica (CLEP-CEDEP) in Mexico, der Juventude Revolucao in Brasilien und der Sindicato de Estudiantes (SE) in Spanien. Unser Programm findest du auf unserer Homepage www.derfunke.at.

7. Unser internationales Symbol ist die Faust mit Bleistift und Schraubenschlüssel, die die Einheit von allen Jugendlichen in Ausbildung symbolisiert.

8. *Signal* wird durch UnterstützerInnen an Schulen und Lehrplätzen verteilt. Wir finanzieren uns durch die Spenden unserer LeserInnen.

9. Wir laden alle kämpferischen Lehrlinge und SchülerInnen ein, das *Signal* durch ihre aktive Unterstützung zu verbreiten und zu stärken!

Wien-Linz-Vorarlberg, 3. März 2009



Freitag, 06.03.

Veranstaltung im Rahmen des Int. Frauentages zu August Bebels „Die Frau und der Sozialismus“
18:00 | Rudolfstr. 17, 4040 Linz

Freitag, 13.03.

Mobilisierungstreffen zur antikapitalistischen Demo am 28.03. in Wien
18:00 | Rudolfstr. 17, 4040 Linz

Bezirkskonferenz SJ9
"Eure Krise zahlen wir nicht!"
19:00 | Lustkandlgasse 10, 1090 Wien

Freitag, 20.03.

Pol. Vorbereitung der Demo am 28.03.
19:00 | Lustkandlgasse 10, 1090 Wien

Samstag, 21.03.

Diskussion über besetzte Betriebe
Anschließend: Antikapitalismusparty
16:00 | Bahnhof, 6830 Rankweil

Donnerstag, 26.03.

Demoworkshop: Transparente malen,...
18:00 | St. Anna-Straße 1, 6900 Bregenz

Freitag, 27.03.

Demoworkshop: Transparente malen,...
19:00 | Lustkandlgasse 10, 1090 Wien

Samstag, 28.03.

Demo "Eure Krise zahlen wir nicht"
13:00 | Westbahnhof, 1090 Wien

Freitag, 03.04.

Mobilisierungstreffen zur Antifaschistischen Demo am 18.04. in Braunau
18:00 | Rudolfstr. 17, 4040 Linz

Samstag, 18.04.

AntiFa-Demo in Braunau; Abfahrt in Linz ca. 12:00 Uhr, Anmeldung unter roteslinz@gmx.at oder 0676/735 36 03 (Manuel)

Rückfragen

Oberösterreich: roteslinz@gmx.at
Wien: redaktion@derfunke.at
Vorarlberg: jugendkaempft@sj-vlbg.at

Antifa in Oberösterreich

Die aktuellen Ereignisse in der rechtsextremen Szene lassen eineN, v. a. in Oberösterreich, hellhörig werden. Das jüngste Sprayattentat auf die Mauern des KZ-Mauthausen bildet den neusten traurigen Tiefpunkt. In großen Lettern war eine antisemitische bzw. antiislamische Hetzparole zu lesen. Der der Hass erfüllte Reim ließ verlaublichsten: "WAS UNSEREN VÄTERN DER JUD IST FÜR UNS DIE MOSLEMBRUT SEID AUF DER HUT! 3. WELTKRIEG - 8. KREUZZUG". Eine himmelschreiende Menschenverachtung!

Aber nicht nur auf diese Weise versuchen Nazis die Öffentlichkeit für sich zu vereinnahmen, sondern auch durch zwei angekündigte Demonstrationen in Linz und in Braunau. Am 18. April wo traditionell rund um den Geburtstag Hitlers eine antifaschistische Mahnwache stattfindet, will dieses Jahr auch die rechtsextreme Nationale Volkspartei (NVP) eine Demo abhalten. Die NVP plant weiters am 1. Mai einen „Arbeitermarsch“ durch Linz zu organisieren. Diese zwei geplanten Ereignisse stellen Provokationen sondergleichen dar und dürfen nicht toleriert werden. Die antifaschistische Demonstration am 18. April in Braunau ist von größter Bedeutung und jedeR der/die nichts von dem braunen Dreck hält sollte sich daran beteiligen! Lasst uns den Nazis eines klar machen: Es gibt in Oberösterreich und auch nirgends anderswo Platz für ihre Hetze.

Manuel, Oberösterreich

Fortsetzung des Artikels "Eure Krise zahlen wir nicht" von der Vorderseite

Nur reicht es auf keinen Fall, die Banken zu nationalisieren oder das System „menschlicher“ zu gestalten, denn der Grund für die Krise ist und bleibt der Kapitalismus an und für sich. Ohne eine Systemüberwindung wird es immer wieder solche Wirtschaftszusammenbrüche geben, ohne ein neues System wird es immer mehr Arbeitslose geben, ohne ein neues System werden immer die Profite vor den Menschen stehen! Wir wollen jedoch eine Welt in der nach den Bedürfnissen der Menschen produziert und gewirtschaftet wird, in der wir alle an einem Strang ziehen und über unser Leben selbst entscheiden. Das alles ist nur im Sozialismus möglich, indem nicht mehr Ausbeutung als Prinzip herrscht! Der Kapitalismus zeigt gerade einmal mehr, dass durch ihn sich einige wenige auf dem Rücken aller anderen austoben!

Wir machen da nicht mehr mit!

-Auf zum gemeinsamen Kampf für den Sozialismus!

-Zur bundesweiten Demonstration gegen Kapitalismus am 28.03.!

-Gemeinsam sind wir stark!

Denn eure Krise zahlen wir nicht!

Miriam, Wien

Bundesweite antikapitalistische

Großdemo:

28. März 2009

13:00 | Westbahnhof Wien

Wenn du nicht aus Wien bist: Wir organisieren eine günstige Anreise aus Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg. Wende dich bitte an redaktion@derfunke.at, wenn du mitfahren willst!



Liebe Rosa!

Ich bin seit zwei Monaten mit meiner Freundin zusammen und ich stehe wirklich voll auf sie. Jetzt hab ich aber mitbekommen, dass sie Kommunistin ist und ich habe Angst, dass jetzt alles was mir gehört, auch ihr gehört. Ich liebe sie wirklich, aber das würde für jetzt noch ein wenig zu weit gehen. Muss ich mit ihr Schluss machen?

-Bernd, 17, Bludenz

Lieber Bernd!

Solche Ängste und Sorgen sind in deinem Alter vollkommen normal! Du wirst langsam erwachsen-klar, dass du dir zunehmend politische Gedanken machst. Bei vielen jungen Menschen in deinem Alter geht das Gerücht herum,

dass Kommunismus bedeutet, dass jeder seine Badehosen, iPods und Zahnbürsten mit anderen teilen muss – aber das ist falsch! Marx, der "Vater des Kommunismus" - sprach von Enteignungen immer nur in Bezug auf große Konzerne und Banken, weil diese die gesellschaftliche Macht inne haben. Durch die Enteignung werden diese Institutionen zum Allgemeingut, das heißt die Macht geht von einer Handvoll an Managern und Superreichen an die gesamte Gesellschaft über – die diese Betriebe dann demokratisch verwaltet. Weil das Eigentum an Gameboys, CDs, dem eigenen Haus usw. keine Macht für deren Besitzer über andere bedeutet, muss sich der Normalbürger nicht davor fürchten, dass ihnen etwas weggenommen wird. Es gibt also keinen Grund, mit deiner Freundin Schluss zu machen. Sprich mit ihr offen über deine Bedenken! Wenn sie dich liebt, wird sie auf deine Sorgen und Ängste eingehen und dir erklären, was ihr politisches Ziel ist. Problematisch könnte es allerdings dann werden, wenn deinen Eltern zufällig ein Konzern oder eine Bank gehört. Dann wird die Beziehung sicher nicht immer nur harmonisch sein.

Deine Rosa



Bildung: NEIN zu den Plänen der Pleiten-Managerin!

Bildungsministerin Claudia Schmied (SPÖ) setzt sich momentan dafür ein, dass LehrerInnen „ihren Beitrag zur Wirtschaftskrise“ zahlen und unbezahlt zwei Wochenstunden mehr unterrichten sollten. Doch schon hier merkt man, dass es sich bei Frau Schmied um keine Lehrerin, sondern um eine Bankerin handelt – aber trotzdem rechnet sie falsch. Sie „vergisst“ in ihrer Rechnung, dass auf jede Unterrichtsstunde eine Vorbereitungsstunde kommt.

Frau Ministerin Schmied begründet dies damit, dass auch LehrerInnen ihren Solidaritätsbeitrag zur Krise leisten sollten. Doch ist es sehr seltsam, dass ein/e ManagerIn, der/die direkt für die Krise verantwortlich ist, weiter Millionen verdient, und einE LehrerIn, der/die überhaupt nichts für die Krise kann und außerdem für die Bildung der nächsten Generation zuständig ist, für die Krise zahlen muss. Hier zeigt sich, dass der Kurs der Großen Koalition von der ÖVP diktiert wird und dass Frau Schmied nur eine Fortsetzung der ehemaligen Ministerin Gehler ist - mit dem kleinen Unterschied, dass Schmied vor ihrer Amtseinführung als Bankerin in der Bank „Kommunkredit“ ihre Zeit verbrachte – es war dies die erste Bank, die im Zuge der Krise aufgrund von Misswirtschaft in Österreich pleite ging und verstaatlicht werden musste. Jetzt holt die Pleiten-Managerin zum nächsten Schlag aus und will unser ohnehin schon marodes Bildungssystem weiter aushungern. Aber nicht mit uns!

Wir fordern:

- Die Krise darf nicht von den Lohnabhängigen finanziert werden! Die VerursacherInnen sollen sie selbst ausbügeln!

- Für die Organisation eines SchülerInnenstreiks in Solidarität mit den LehrerInnen!

- Bildungsoffensiven-Pakete statt Bankenrettungspakete!

Andreas, Vorarlberg

regelmäßige politische Analysen, Berichte, Artikel auf

www.derfunke.at

Wir brauchen DICH!

Gefällt dir diese Zeitung, möchtest auch du Artikel schreiben oder gleich bei uns aktiv werden?

Kontaktiere uns und wir melden uns umgehend bei dir!

Du kannst uns entweder unter redaktion@derfunke.at eine mail schreiben oder du schickst diese Karte frankiert ab. Wir setzen uns sofort mit dir in Verbindung!

Name:
Adresse:
PLZ/Ort:
Telefonnummer:
mailadresse:

Ich will:



An
DER FUNKE
Lustkandlgasse 11
1090 Wien